

## Ökumenisches Forum: Kirchen sollen die zivile Konfliktbearbeitung stärken

Die Kirchen sollen sich verstärkt in die gesellschaftliche Debatte um den Frieden einbringen und sich dabei für eine Stärkung ziviler statt militärischer Lösungen von Konflikten stark machen. Dies betonten die Teilnehmer am Ökumenischen Forum „Gewaltfrei für den Frieden – Die militärische Logik überwinden“ in Hannover, zu dem der Arbeitskreis Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen eingeladen hatte.

„Die Selbstverständlichkeit, in Konflikte militärisch einzugreifen, nimmt bedrohlich zu“, warnte der Arbeitskreis Vorsitzende Hermann de Boer (Springe). Seine Forderung: „Wir brauchen in Politik und Kirche eindeutige Entscheidungen, die zivile Konfliktbearbeitung zu stärken“, unterstrich der frühere Superintendent des Kirchenkreises Ronnenberg.

„Ich baue darauf, dass wir als Landeskirche Hannovers bei der Synode zum Frieden im November eine eindeutige Position zur Stärkung aller zivilen und gewaltfreien Konfliktbearbeitungsstrategien verabschieden werden“, meint Pastor Lutz Krügener (Hannover), der Referent für Friedensarbeit in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers. Er hoffe, dass die Kirche in diesen Fragen wieder zu einer treibenden Kraft in der Gesellschaft werde und Mut zur Versöhnung mache. „Die Konflikte dieser Zeit werden sich nicht durch mehr Sicherheit und Abschottung lösen lassen, sondern nur durch mehr Gerechtigkeit und gegenseitiges Verständnis. Deshalb müssen wir den Tendenzen zur verstärkten Aufrüstung in Deutschland entschieden widersprechen“, machte Krügener deutlich.

„Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten“, heißt es in der EKD-Friedensdenkschrift von 2007. Allerdings nehmen die gewalttätigen Konflikte zu, militärische Interventionen werden als Lösung angesehen, die Rüstungsausgaben massiv erhöht und die Atomarsenale auch in Deutschland modernisiert, hatte der Arbeitskreis in seiner Einladung betont. Die Landessynoden der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg werden sich in diesem Jahr mit der Friedensethik befassen, auch, um zu überlegen, was es konkret heißen könnte, für eine vorrangige Option für Gewaltfreiheit einzutreten.

Eine Landeskirche, die sich bereits seit einigen Jahren auf diesen Weg gemacht hat, ist die Evangelische Landeskirche in Baden. Deren Friedensbeauftragter Stefan Maaß (Karlsruhe) schilderte in Hannover, wie es dazu kam und welche Konsequenzen

**Dieter Junker**  
Öffentlichkeitsreferent  
Tel: 02 28 – 2 49 99-0  
E-Mail: [junker@evangelische-friedensarbeit.de](mailto:junker@evangelische-friedensarbeit.de)

zen die Landeskirche daraus zieht. So sei dem Landessynodenbeschluss von 2013, eine Kirche des Friedens zu werden, ein ausführlicher Diskussionsprozess in den Gemeinden und Kirchenbezirken vorausgegangen. Seit der Zeit sei vieles geschehen. So fördere die badische Kirche die zivile Konfliktbearbeitung, unterstütze die Friedensforschung, führe Gespräche mit Politikern zur Friedensethik und engagiere sich gegen Rüstungsexporte. Die badische Friedensarbeit werde sowohl über Projekte verstärkt, als auch durch eine neue Struktur mit Steuerungsgruppe und Beirat nachhaltig verankert, erläuterte der badische Friedensbeauftragte. „Wir haben mit dem Diskussionsprozess etwas erreicht, was wir von der Intensität nicht erwartet hatten. Aber wir stehen damit erst am Anfang auf unserem Weg zu einer Kirche des gerechten Friedens“, betonte Stefan Maaß in Hannover.

Für ein rasches Umdenken in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik hat sich in Hannover auch der Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), Jan Gildemeister (Bonn), eingesetzt. Dazu gehöre das Eintreten für eine gewaltfreie Konflikttransformation ohne Wenn und Aber und der Abschied von einer egoistischen Machtpolitik, so der Geschäftsführer. Gildemeister forderte mehr Fantasie für den Frieden. Deutschland habe langjährige Erfahrungen in der Gestaltung von Versöhnungsprozessen und der vermittelnden Diplomatie, was auch international anerkannt werde. Das Instrument Ziviler Friedensdienst, durch das in Krisenländern des globalen Südens Friedensprozesse unterstützt würden, habe sich in den vergangenen 16 Jahren bewährt. Darum seien diese Strukturen und Instrumente der Zivilen Konfliktbearbeitung zu stärken, die deutschen Auslandseinsätze, aber auch das weltweite Wettrüsten zu beenden, ist Gildemeister überzeugt.

„Wir brauchen ein Verbot aller Rüstungsexporte in Länder außerhalb der NATO und der EU, mehr Gelder für die Zivile Konfliktbearbeitung und die Friedensforschung, eine internationale Initiative für die Ächtung von Drohnen und autonomer Waffen, keine militärischen Werbemaßnahmen bei Minderjährigen, einen Abzug der Atomwaffen aus Büchel und einen deutschen Einsatz für einen Erfolg des Internationalen Waffenhandelsvertrages“, so Gildemeister. Hier sieht der AGDF-Geschäftsführer aber auch die Kirchen gefordert. Sie müssten aufklären über die sicherheitspolitischen Ziele der Bundesregierung und ihrer Auswirkungen, sich an Kampagnen beteiligen und Aktionen der Friedensbewegung unterstützen und über die Möglichkeiten friedensorientierter Alternativen informieren, forderte Gildemeister in Hannover.

Als ein konkretes Ergebnis beschloss das Ökumenische Forum in Hannover, einen Antrag an die hannoverische Landessynode zu stellen, dass die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Hannovers Mitglied im Forum Zivile Konfliktbearbeitung wird und ebenso in der „Aktion Aufschrei“, in der mehr als 100 Organisationen der

Friedens- und Entwicklungsarbeit zusammenarbeiten und die sich für ein Verbot deutscher Rüstungsexporte einsetzt. „So soll ein klares Zeichen gegen Rüstungsexporte und für Zivile Konfliktlösung gesetzt werden“, so Pastor Lutz Krügener.

Hannover/Bonn, 4. September 2016